

**Markus Barnay**

## **Vorarlbergs Sonderfahrt durch die 2. Republik**

### **Vom Alemannenmythos zur Euregio Bodensee**

*Erschienen in: Robert Kriechbaumer (Hg.): Liebe auf den zweiten Blick. Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945. Böhlau Verlag, Wien 1998, S. 261-277*

Ganz Österreich feierte 1996 das "Millennium". Ganz Österreich? Im äußersten Westen des Staates gibt es ein Land, in dem von "1000 Jahren Ostarrichi" fast nichts zu hören oder zu sehen war. Fast nichts, denn zwei- oder dreimal stand das Thema auch in Vorarlberg auf den Veranstaltungskalendern: In einem Vortrag der Volkshochschule Bregenz wurde im April die "Problematik eines Jubiläums" ausgelotet<sup>1</sup>, und der Festakt der Vorarlberger Landesregierung und des Vorarlberger Landtages zum Nationalfeiertag am 26. Oktober stand unter dem Motto "Vorarlberg im 1000-jährigen Österreich"<sup>2</sup>. Außerdem beteiligten sich einige Schulen mit Projektarbeiten zum Thema "1000 Jahre Österreich" und mit "Millenniums-Funken" an den Feierlichkeiten<sup>3</sup>.

Ganz anders in der Nachbarschaft: Auf der Lenzburg im schweizerischen Kanton Aargau – dem Stammsitz des eigentlich schwäbischen Grafengeschlechts der Habsburger – wurde eine Ausstellung über die Geschichte der Habsburger eröffnet, ebenso im französischen Elsaß, wo der Aufstieg der Habsburger zum mächtigen Herrscherclan begann<sup>4</sup>. In Konstanz am Bodensee erinnerte eine Ausstellung an die Zeit, als die Stadt noch Teil – und zeitweise Regierungssitz – von Vorderösterreich war<sup>5</sup>, in Liechtenstein fand am 26. Oktober ein Symposium "Österreich von außen" statt<sup>6</sup> und in Laufenburg an der deutsch-schweizerischen Grenze wurde gar das ganze Jahr über "500 Jahre Zugehörigkeit zu Österreich" gefeiert. Für die Gemeinde Hinterzarten im südlichen Schwarzwald war der Namenstag Österreichs sogar Anlaß für einen kleinen Reiseführer: "Auf den Spuren der Habsburger im südlichen Schwarzwald"<sup>7</sup>. Aber auch das "offizielle" Vorarlberg nahm an einem Ereignis teil, das den "Millenniums"-Feierlichkeiten gewidmet war: der Uraufführung der Oper "Schlafes Bruder", einem Werk des Vorarlberger Komponisten Herbert Willi nach dem Roman des Vorarlberger Autors Robert Schneider, unter der musikalischen Leitung des Vorarlberger Dirigenten Manfred Honeck. Aufführungsort: das Opernhaus in Zürich.

---

<sup>1</sup> Univ.-Doz. Dr. Alois Niederstätter: 1000 Jahre Österreich? Zur Problematik eines Jubiläums. Vortrag im Rahmen der Volkshochschule Bregenz am 30. April 1996

<sup>2</sup> vgl. Ansprachen von Siegfried Gasser und Martin Purtscher, 26.10.1996 (Manuskripte im Besitz des Verfassers)

<sup>3</sup> vgl. Bericht in "Vorarlberg heute" (ORF 2, 25.10.1996). Die gleichzeitig in ganz Österreich entzündeten „Lagerfeuer“ (im alemannischen Sprachraum „Funken“) wurden von einem Satelliten aus fotografiert.

<sup>4</sup> "Die Habsburger – vom Rhein bis an die Donau", Ausstellung auf Schloß Lenzburg April – Oktober 1996 und in verschiedenen Orten im Elsaß von Mai 1996 bis Jänner 1997.

<sup>5</sup> "Bodenseehefte" April 1996

<sup>6</sup> Austria Presse Agentur, 4. Juli 1996

<sup>7</sup> Handbuch zur Reiseplanung 1996, herausgegeben von der Tourist Information Hinterzarten, D-79854 Hinterzarten

Was wie eine Art Boykott der österreichischen "Millenniums"-Feiern aussah, war auch ein wenig so gemeint: Das „offizielle“ Vorarlberg einschließlich der ÖVP-FPÖ-Landesregierung führte zwar rationale Argumente an (Welche Bedeutung hat schon die "Ostarrichi"-Urkunde, die sich eindeutig auf ein Gebiet im Osten des heutigen Österreich bezieht, für die Entstehung des heutigen Österreich? Wurde der Name wirklich 996 zum ersten Mal erwähnt oder doch erst 998? War die Politik der Habsburger nicht viel entscheidender für die Entstehung Österreichs als die Urkunde des Kaisers Otto III.?), signalisierte aber in Wahrheit, daß es in Vorarlberg auch heute noch schwerfällt, sich mit der Geschichte Österreichs zu identifizieren. Den Stellenwert des Millenniums für das offizielle Vorarlberg brachte der Vorarlberger Landeshauptmann Martin Purtscher mit folgenden Worten auf den Punkt: "Man kann am Jahr 1996 einiges kritisieren. Sicher aber nicht, daß es ihm an historischen Jubiläen mangle – man denke an die 1000 Jahre alte Schenkungsurkunde von "Ostarrichi" oder an 50 Jahre Bikini."<sup>8</sup> Der Beitrag Vorarlbergs zum Selbstverständnis der Zweiten Republik kann jedenfalls getrost als zwiespältig bezeichnet werden.

### **Vorarlbergs „geborene Föderalisten“**

Nicht erst seit die Republik Österreich für kurze Zeit ein eigenes "Föderalismusministerium" unterhielt, das von einem Vorarlberger geleitet wurde<sup>9</sup>, herrscht in Vorarlberg die Überzeugung, man habe den Föderalismus wenn schon nicht erfunden, so doch zu höchsten Ehren gebracht. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts gilt in der veröffentlichten landesgeschichtlichen Literatur die – angeblich uralte – "Selbständigkeit" des Landes als prägendes Element des Vorarlberger „Volkscharakters“.

Zum ersten Mal erwähnt wurde die angeblich „durch Jahrhunderte bestandene Selbständigkeit“ in einer Denkschrift der konservativen Reichstagsabgeordneten Ratz und Zwickle im Rahmen der „Los-von-Tirol“-Kampagne im Jahr 1849<sup>10</sup>. Diese in der Folge immer wieder behauptete und mit der Zeit auch in der Geschichtsschreibung verankerte – wenngleich kaum belegte<sup>11</sup> – „Selbständigkeit“ bezog sich ausschließlich auf die politische Vertretung des Landes (Landtag, Landstände) und hinderte die konservativen Eliten keineswegs daran, sich – und damit auch die Bevölkerung des Landes – bis zum Ende des Ersten Weltkriegs als „katholisch, deutsch und kaisertreu“ zu deklarieren: Noch im August 1918 bekannten sich führende christlich-soziale und deutsch-nationale Politiker auf einem gemeinsamen „Deutschen Volkstag“ „zum Staate und zu unserer angestammten Dynastie“<sup>12</sup>.

Daß sich die öffentlich propagierten ethnischen Leitbilder danach binnen weniger Wochen radikal veränderten, zeigt die Wandelbarkeit, aber auch die tagespolitische Beliebigkeit solcher Leitbilder: Das „kaisertreue“ Volk, das der benachbarten Schweiz bisher offiziell mit Skepsis gegenübergetreten war<sup>13</sup>, wurde gewissermaßen über Nacht zu einem von der Schweiz stark beeinflussten Volk mit ausgeprägtem „demokratischem Sinn“<sup>14</sup>.

---

<sup>8</sup> Rede bei der Feier zum 60. Geburtstag des Landesarchivdirektors Karl Heinz Burmeister, 20. November 1996 (Manuskript im Besitz des Verfassers)

<sup>9</sup> Jürgen Weiss war von 1991 bis 1994 Minister für Föderalismus und Verwaltungsreform

<sup>10</sup> Vorarlberger Zeitung Nr. 9/1.5.1849

<sup>11</sup> Vgl. Barnay, Markus: Die Erfindung des Vorarlbergers. Ethnizitätsbildung und Landesbewußtsein im 19. und 20. Jahrhundert. Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs, Band 3. Bregenz 1988, S. 228 ff.

<sup>12</sup> Vorarlberger Volksblatt Nr. 184/13.8.1918

<sup>13</sup> Vgl. Barnay (Anm. 11), S. 231 f.

<sup>14</sup> Vorarlberger Landesrat (Hrsg.): Denkschrift des Vorarlberger Landesrates an den Völkerbund. Feldkirch 1920, S. 2.

Die Erklärung Vorarlbergs zum "selbständigen Land" durch die provisorische Landesversammlung am 3. November 1918<sup>15</sup> gilt bis heute als "revolutionärer Akt" im Rahmen des "Selbstbestimmungsrechtes der Völker", auch wenn alle Quellen darauf hindeuten, daß die Erklärung mit Wissen und Zustimmung des neu gebildeten Staatsrates in Wien zustandekam und die heute noch von offizieller Seite<sup>16</sup> vertretene Sichtweise der Vorgänge vom November 1918 erst nachträglich zustande kam<sup>17</sup>.

Die nur wenig später einsetzende Werbekampagne für einen Anschluß Vorarlbergs an die Schweiz<sup>18</sup> kann heute zwar als historische Episode ohne besondere Konsequenzen bezeichnet werden, die im Verlauf der Kampagne entwickelten Argumentationsmuster erwiesen sich jedoch in vielen Punkten als weit dauerhafter als das Anschluß-Werben selbst. Die Idee eines Anschlusses an die Schweiz fand zwar in der Bevölkerung angesichts der politischen und wirtschaftlichen Lage des Landes nach dem Ersten Weltkrieg zunächst großen Widerhall<sup>19</sup>, scheiterte aber letztlich an der Reserviertheit der Schweiz und am Widerstand von Staatskanzler Dr. Karl Renner, der kein Interesse hatte, das verbliebene österreichische Territorium zusätzlich zu schmälern<sup>20</sup>.

Ideologiegeschichtlich hatte die Episode von 1918/19 weitreichende Auswirkungen: Einerseits wurden im Zuge der Werbeaktion einige Topoi entwickelt, die zwar in krassem Gegensatz zum bis dahin gültigen offiziellen Selbstverständnis des Landes standen, andererseits nützte die Landesregierung die Anschlußbestrebungen, um von der Regierung in Wien größere Machtanteile einzufordern<sup>21</sup>. Diese Art des Föderalismus, der zumindest in der Argumentation nach innen das Wohl des Landes über jenes des Staates stellt, blieb in den folgenden Jahrzehnten für die Vorarlberger Landespolitik prägend.

### **Mit Gott gegen die Zentrale: Die "Demokratur" des Ulrich Ilg**

*"Gelegentlich einer Zusammenkunft in Wien hat Bundeskanzler Ing. Julius Raab im Kreise mehrerer Landeshauptleute spaßhalber die Bemerkung gemacht: 'Vorarlberg ist überhaupt keine Demokratie, sondern eine Demokratur'. Die Bemerkung hat mich mehr gefreut als gekränkt. Ich habe darin eine Bestätigung gesehen, daß man sich bei seinen Entscheidungen zuerst von seinem Gewissen leiten lassen muß und erst in zweiter Linie sich fragt, was wird das Volk dazu sagen. Diese Auffassung von Demokratie, daß man zuerst dem Herrgott gegenüber verantwortlich ist und das tun muß, was man für das allgemeine Wohl als das Beste und Gerechteste erkennt, (...) habe ich als wichtigen Grundsatz immer gepredigt."*<sup>22</sup>

---

<sup>15</sup> Stenografische Sitzungsberichte des Vorarlberger Landtags 1918, S. 6

<sup>16</sup> Vgl. z.B. Weber, Wolfgang: Die Zeitenwende 1918/1919. In: Vorarlberger Landtag und Vorarlberger Landesregierung (Hrsg.): 75 Jahre selbständiges Land Vorarlberg (1918-1993). Bregenz 1993, S. 89-104.

<sup>17</sup> Vgl. Dreier, Werner: Vorarlberg im Herbst 1918. Zwischen Monarchie und Revolution, der Schweiz und dem Deutschen Reich. In: Gerhard M. Dienes, Markus Jaroschka (Hrsg.): 1918/1919. Die Bundesländer und die Republik. Protokollband des Symposiums zum 75. Jahrestag der Ausrufung der 1. Republik am 12. und 13. November 1993 im Grazer Stadtmuseum. Graz 1994, S. 35-48

<sup>18</sup> Vgl. Dreier, Werner/Pichler, Meinrad: Vergebliches Werben. Mißlungene Vorarlberger Anschlußversuche an die Schweiz und an Schwaben (1918 – 1920). Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs, Band 5. Bregenz 1989.

<sup>19</sup> In einer Volksabstimmung sprachen sich am 11. Mai 1919 80% der Teilnehmer für entsprechende Verhandlungen mit der Schweiz aus.

<sup>20</sup> Vgl. Dreier/Pichler, S. 21.

<sup>21</sup> Vgl. Barnay (Anm. 11), S. 339.

<sup>22</sup> Ilg, Ulrich: Meine Lebenserinnerungen. Dornbirn 1985, S. 76

Diesen Grundsatz hat Ulrich Ilg, Vorarlbergs Landeshauptmann von 1945 bis 1964, oft genug in die Tat umgesetzt. Der ehemalige Vorarlberger Bauernbundobmann und kurzzeitige österreichische Staatssekretär für Land- und Forstwirtschaft in der Regierung Dollfuß hatte auch während der austrofaschistischen Diktatur hohe Ämter bekleidet: Er war Mitglied des ständischen Landtages sowie des Bundeswirtschaftsrates und des Bundestages. In seinen 1985 erschienenen "Lebenserinnerungen" erläuterte er noch einmal seine politischen Grundsätze – und verdeutlichte zugleich sein Verhältnis zum österreichischen Bundesstaat:

*"Am meisten innere Genugtuung und Freude habe ich darüber empfunden, wenn es möglich war, von Landesseite religiöse und kirchliche Belange zu schützen und zu fördern. (...) Die Unterstützung kirchlicher Anliegen war jedoch nicht nur eine finanzielle Angelegenheit. Es gab ebenso Gelegenheit, mit Gesetzen und durch Verwaltungsakte für Ethik, Sitte und Moral einzutreten, so im Jugendschutzgesetz, beim Verbot von Filmen, bei der Regelung von Polizeistunden und dergleichen mehr. Hier konnte man fühlbar und augenscheinlich erleben, daß es nicht nur einen Herrgott, sondern auch einen Teufel gibt. Gegen alle diese Akte wurden die gemeinsten Register gezogen, und wenn gewisse Wiener Organe und Humoristen das ganze Jahr nichts über Vorarlberg zu berichten wußten, so waren wir doch gut genug, aus niederen Motiven als rückständig und blöd apostrophiert zu werden. Für mich waren die Versuche, Vorarlberg lächerlich zu machen, ein guter Beweis für die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges."<sup>23</sup>*

Bei Ulrich Ilg finden sich gleich eine ganze Reihe jener Denkmuster, die auch die Landespolitik vor 1938 prägten: Die Einstufung der eigenen – autoritären – Politik als "bessere" Form der Demokratie, die Gleichsetzung des Bundesstaates mit "Wien", und die "unreflektierte Aversion gegen die Großstadt", wie sie Ludger Rape schon für die Zeit der Ersten Republik feststellte<sup>24</sup>. 1985 erinnerte sich Ilg an seinen ersten Besuch im österreichischen Parlament:

*"Dabei (wurde ich) Zeuge einer scharfen Oppositionsrede von Nationalrat Dr. Kurt Eisler. Am 12. November 1928 war ich anlässlich des damaligen Staatsfeiertages Zuschauer bei einem Demonstrationaufmarsch der sozialdemokratischen Partei, wo fast drei Stunden lang Menschenmassen durch die Mariahilferstraße marschierten. Diese ersten Eindrücke über die Demokratie in Wien waren nicht gerade erbaulich."<sup>25</sup>*

Ulrich Ilgs Abneigung gegen öffentlich ausgetragene Konflikte und seine Angst vor den „Massen“ in der Großstadt war nicht untypisch für die konservative Elite Vorarlbergs: Auch Otto Ender, von 1918 bis 1934 Vorarlberger Landeshauptmann, 1930/31 Bundeskanzler und 1933/34 Verfassungsminister, war ein Anhänger von einfachen, konsensuellen Politikmustern, der nichts gegen antidemokratische und autoritäre politische Systeme einzuwenden hatte (Ender selbst trug als Verfassungsminister maßgeblich zur Konstituierung des autoritären Ständestaates in Österreich bei), solange sie „überschaubar“ blieben:

*„Was gesund ist am Hitlertum wollen wir aufgreifen und soweit auch verwirklichen, als es für unsere Vorarlberger und unsere österreichischen Verhältnisse paßt.“<sup>26</sup>*

---

<sup>23</sup> ebd., S.87 f.

<sup>24</sup> Rape, Ludger: Die österreichischen Heimwehren und die bayerische Rechte 1920-1923. Wien 1977, S. 58

<sup>25</sup> Ilg, Ulrich: a.a.O., S. 17

<sup>26</sup> Vorarlberger Volksblatt, 2.5.1933, zit.n. Dreier, Werner: Zwischen Kaiser und Führer. Vorarlberg im Umbruch 1918-1938. Beiträge zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs, Band 6. Bregenz 1986, S. 228.

Ulrich Ilg wiederum schilderte seine Auffassung von Demokratie in einer Radioansprache vom 10. Juni 1945:

*„Es soll nicht behauptet werden, daß die Träger dieser (Vorarlberger – Anm. d. Verf.) Selbstverwaltung vom Jahre 1918 bis 1938 nicht das eine oder das andere heute anders machen würden, aber im Grunde genommen hat die Sauberkeit und Ordnung in der Verwaltung, die ehrliche Demokratie im öffentlichen Leben uns den Namen Musterlände eingetragen.“<sup>27</sup>*

Die konservativen Mitglieder der ersten Vorarlberger Landesregierung in der Zweiten Republik vertraten sehr wahrscheinlich ähnliche Ansichten über die „ehrliche Demokratie“, gehörten ihr doch neben Ulrich Ilg mit Eduard Ulmer, Adolf Vögel und Karl Zerlauth weitere Politiker an, die allesamt schon während des Austrofaschismus hochrangige Positionen bekleidet hatten.<sup>28</sup> Die Verharmlosung der christlichen Diktatur 1934-38 als „andere Art der Demokratie“ wurde der ÖVP von den Sozialdemokraten bereits im Wahlkampf für die ersten Landtagswahlen 1945 vorgeworfen<sup>29</sup> – ohne Erfolg: Die ÖVP errang mit 70,2% der Stimmen die absolute Mehrheit.<sup>30</sup>

### **Zusammenhalt durch Mythen?**

*„Dem praktischen Zweckdenken und einer unermüdlichen Emsigkeit aller Vorarlberger unter der welt-offenen, zielstrebigen Führung dieser drei Politiker (Ulrich Ilg, Eduard Ulmer und Adolf Vögel – Anm. d. Verf.) ist es vor allem zuzuschreiben, wenn in Vorarlberg der wirtschaftliche und verwaltungsmäßige Wiederaufbau rascher gelang als in anderen Bundesländern, sodaß man gerne das Wort vom „Musterlände“ wieder auffrischte oder gar vom innerösterreichischen Blickpunkt her vom „goldenen Westen“ sprach.“<sup>31</sup>*

Der Text des Leiters der Landespressestelle, Gustav Bachmann, aus dem Jahr 1968 ist symptomatisch für die Sichtweise, mit der der wirtschaftliche Erfolg Vorarlbergs in der Nachkriegszeit bis heute betrachtet wird – und er ist zugleich bezeichnend für die Argumentationsweise, mit der zwischen „innen“ (= Vorarlberg) und „außen“ (= das übrige Österreich) unterschieden wird. In Wirklichkeit hatte Vorarlberg 1945 nicht nur die besten Ausgangsbedingungen aller Länder, seine Wirtschaft hat sogar wie kein anderes Land vom NS-Regime und vom Zweiten Weltkrieg profitiert<sup>32</sup>: Vor allem die Aufbauarbeiten im Straßen- und Wohnbau und in der Energiewirtschaft (Vorarlberger Illwerke), die zumeist mit Hilfe von schlecht bezahlten Zwangsarbeitern oder Kriegsgefangenen durchgeführt wurden<sup>33</sup>, verhalfen dem Land zu einem Start in die Zweite Republik, für den die Begriffe „Neuanfang“ oder „Wiederaufbau“ kaum passend erscheinen. Dazu kamen die guten Kontakte zur benachbarten

---

<sup>27</sup> Ilg, Ulrich: a.a.O., S. 53

<sup>28</sup> Burmeister, Karl Heinz: Geschichte Vorarlbergs. Wien 1983 (2. Auflage), S. 196.

<sup>29</sup> Bundschuh, Werner: Das befreite Land – Die „Besatzungszeit“. In: Bundschuh/Pichler/Walser: Wieder Österreich! Befreiung und Wiederaufbau – Vorarlberg 1945. Bregenz 1995, S. 92 f.

<sup>30</sup> ebd., S. 96

<sup>31</sup> Bachmann, Gustav: Vorarlberg 1918-1968, Entwicklungslinien im Halbjahrhundert der Selbständigkeit. In: Vorarlberger Landesregierung (Hrsg.): 50 Jahre Selbständiges Land Vorarlberg 1918-1968. Bregenz 1968, S. 63.

<sup>32</sup> Vgl. Walser, Harald: Bombengeschäfte. Vorarlbergs Wirtschaft in der NS-Zeit. Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs, Band 6. Bregenz 1989.

<sup>33</sup> Vgl. Ruff, Margarethe: Um ihre Jugend betrogen. Ukrainische Zwangsarbeiter/innen in Vorarlberg 1942-1945. Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs, Band 13. Bregenz 1996

Schweiz, mit deren Hilfe sogar unmittelbar nach Kriegsende die Versorgungslage in Vorarlberg verbessert werden konnte.

Doch bei ethnizistischen Selbstbeschreibungen geht es selten um reale Verhältnisse: Sie dienen dem Zusammenhalt im Inneren, der Abgrenzung nach außen und nicht selten der Stabilisierung regionaler Machtstrukturen. Welche – ethnizistischen – Elemente dabei jeweils propagiert werden, ist durchaus beliebig und austauschbar. So wurden auch in Vorarlberg im Verlauf der letzten 150 Jahre die unterschiedlichsten Symbole der ethnischen Selbstbeschreibung verwendet – sie reichen von vermeintlichen historischen Traditionen bis zu „rassischen“ Merkmalen. Letztere wurden auch nach 1945 noch propagiert, etwa wenn in der an den Schulen benützten „Heimatkunde für Vorarlberg“ festgestellt wurde:

*„In erster Linie ist es die rassische Zusammensetzung, die das geistige Erbgut unseres Landes bestimmt. (...) Neben dem rassischen Erbe war es die Natur, die den Charakter des Menschen formte“<sup>34</sup>.*

Die Mär vom „alemannischen Volk“ vor dem Arlberg gehört zu jenen Elementen des Vorarlberger Selbstverständnisses, die zum Teil bis heute durch Politikerreden und Veröffentlichungen geistern. Zwar ist die These von der „alemannischen Abstammung“ der Vorarlberger historisch kaum belegbar und demographisch ohnehin längst überholt – immerhin ist der Bevölkerungszuwachs in Vorarlberg seit Jahrzehnten zum großen Teil der Zuwanderung aus anderen Bundesländern und Staaten zu verdanken -, aber die Grenze zwischen der alemannischen und der bajuwarischen Mundart, die zum Teil am Arlberg, zum Teil nur wenig jenseits davon verläuft, eignet sich bis heute bestens, um daraus eine „Volkstums“-Grenze zu konstruieren<sup>35</sup>.

### **Von Fußach bis "Pro Vorarlberg": „Nachrichten“ aus der Provinz**

Als „die größte Enttäuschung, die ich erlebt habe“, bezeichnete Ulrich Ilg in seinen „Lebenserinnerungen“ das vergebliche Werben für mehr Abonnenten der ÖVP-Parteizeitung „Vorarlberger Volksblatt“<sup>36</sup>. Das traditionsreiche Blatt war seit seiner Gründung im Jahr 1866<sup>37</sup> bis zum Verbot durch die NS-Behörden das dominierende Medium Vorarlbergs gewesen. Daß das „Volksblatt“ nach 1945 nicht mehr an die früheren Erfolge anschließen konnte und schließlich 1972 ganz eingestellt werden mußte, hat seine Ursachen – neben dem allgemeinen Abrücken der Zeitungsleser von parteigebundenen Zeitungen – im Jahr 1945: Die erste Tageszeitung, die von der französischen Militärbehörde nach der Befreiung von der nationalsozialistischen Herrschaft zugelassen wurde, waren die „Vorarlberger Nachrichten“ (VN). Während die VN bereits ab September 1945 die informationshungrige Bevölkerung mit aktuellen Nachrichten beliefern durften, wurden die Parteizeitungen erst im November zugelassen. Bis dahin hatten die VN bereits einen festen Leserkreis gewonnen, der sich während eines mehrwöchigen Verbotes des „Volksblattes“ – wegen mehrerer Verstöße gegen das Pressedekret des Alliierten Rates,

---

<sup>34</sup> Schwarz, Artur: Heimatkunde von Vorarlberg. Bregenz 1949, S. 183.

<sup>35</sup> vgl. Barnay (Anm. 11), S.469f

<sup>36</sup> Ilg, Ulrich: a.a.O., S. 92

<sup>37</sup> vgl. Haffner, Leo: Die Kasiner. Vorarlbergs Weg in den Konservatismus. Bregenz 1977, hier S. 36

u.a. durch einen Leitartikel, der die ehemaligen illegalen Nationalsozialisten in Schutz nahm<sup>38</sup> – noch vergrößerte<sup>39</sup>.

Die "Vorarlberger Nachrichten" spielten seit 1945 eine maßgebliche Rolle für die Verbreitung und Förderung eines spezifischen Landesbewußtseins, das oft genug zugleich ein "antizentralistisches" bzw. lokalchauvinistisches Bewußtsein war. Zwar wußten sich die VN in ihrer föderalistischen Ausrichtung mit der Landesregierung einig, doch gingen sie in ihrem Engagement mehr als einmal weit über die Aktionen der politischen Führung des Landes hinaus. Die setzte die föderalistische Politik der Vorkriegsregierungen fort, die stets versuchten, die Machtanteile der regionalen Herrschaftselite gegenüber den Bundesinstanzen zu vergrößern. Dabei bewegte sich die politische Elite nach 1945 aber stets im gesetzlichen Rahmen und versuchte beispielsweise wiederholt beim Verfassungsgerichtshof, die "Länderrechte" durchzusetzen, "wenn der Bund versucht hat, Gleichschaltung zu betreiben."<sup>40</sup> Doch während Landeshauptmann Ilg die Berichterstattung der Medien mit Argwohn verfolgte<sup>41</sup>, versuchte sie sein Nachfolger Herbert Keßler gewissermaßen als außerparlamentarisches Spielbein zu nutzen: "Diese legale, unblutige 'Revolution'", schreibt er über die Ereignisse von Fußach im November 1964, "hat die Diskussion um mehr Bundesstaatlichkeit, um mehr Föderalismus in Österreich entscheidend beflügelt. Die 'Vorarlberger Nachrichten' mit ihrem Herausgeber Dr. Anton Ruß und Chefredakteur Dr. Franz Ortner haben an dieser Verständnisweckung für mehr Föderalismus bedeutenden Anteil"<sup>42</sup>. Die "unblutige 'Revolution'" war eine Demonstration mit 20.000 bis 30.000 Teilnehmern, die am 21. November 1964 in Fußach stattfand: Die Demonstranten wollten die Benennung eines neuen Bodenseeschiffes mit dem Namen des ehemaligen Staatskanzlers und Bundeskanzlers "Karl Renner" verhindern und statt dessen den Namen "Vorarlberg" durchsetzen<sup>43</sup>. Maßgeblichen Anteil an der Mobilisierung der Bevölkerung gegen das "Diktat" des SPÖ-Verkehrsministers Probst hatten tatsächlich die "Vorarlberger Nachrichten", die "alt und jung" aufriefen, "den Protest durch eine möglichst starke Beteiligung laut und deutlich kundzugeben"<sup>44</sup>. Der Protest war erfolgreich: Die geplante Schiffstaufer wurde abgesagt, das Schiff wurde nach weiteren Demonstrationen schließlich tatsächlich auf den Namen "Vorarlberg" getauft.<sup>45</sup>

Die Ereignisse von Fußach gelten bis heute als Symbol für die Auseinandersetzung zwischen Bundesstaat und Ländern, bzw. – aus der Perspektive der Länder – zwischen "Wiener Zentrale" und "Länderinteressen". Fußach war aber auch beispielhaft für die Mobilisierungskraft der "Vorarlberger Nachrichten". Immerhin ging es 1964 um eine vergleichsweise unbedeutende Frage, die auch von den

---

<sup>38</sup> Bundschuh, Werner: a.a.O., S. 90 f.

<sup>39</sup> vgl. Dermutz, Susanne: Massenmedien in Vorarlberg. In: Dermutz/Klein/Nick/Pelinka: Anders als die Anderen? Beiträge zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs, Band 2. Bregenz 1982, S. 212

<sup>40</sup> Ilg, Ulrich: a.a.O., S. 77

<sup>41</sup> ebd., S. 83: Auf die Auseinandersetzung um die Trassenführung der Autobahn im Raum Bregenz bezogen meinte Ilg: "Die Ereignisse haben ebenso gezeigt, daß Presseorgane ihre Kompetenzen überschreiten und versucht sein können, Nebenregierung zu spielen. Es ging vielfach nicht mehr darum, die verantwortlichen Stellen eines Besseren zu belehren, sondern sie mit graphisch-optischen Mitteln derart unter Druck zu setzen, daß sie bereit werden, gegen ihre Überzeugung zu handeln. Da kann man nur den Ratschlag wiederholen, den ich einmal in Wien ausgesprochen habe: "Lest nicht so viel Zeitungen, dann werdet ihr weniger vom richtigen Weg abkommen!"

<sup>42</sup> Keßler, Herbert: Arbeit für Vorarlberg. Drei Jahrzehnte Landespolitik. Dornbirn 1995, S. 77

<sup>43</sup> vgl. Wanner, Gerhard: Schiffstaufer Fußach 1964. Bregenz 1980

<sup>44</sup> Vorarlberger Nachrichten, Nummer 271/1964 (21.11.1964), S. 1

<sup>45</sup> Wanner, Gerhard: a.a.O., S. 97

Beteiligten eher symbolisch verstanden wurde. Weniger symbolisch waren andere Ereignisse, bei denen die VN ihre publizistische Macht ins Treffen führten:

- 1968/69 stellten sich die VN auf die Seite der Gegner einer geplanten Autobahntrasse am Seeufer von Bregenz und unterstützten in der Folge den politischen Wechsel in der Landeshauptstadt<sup>46</sup>.
- 1978 setzten sich die VN massiv für ein "Nein zu Zwentendorf" ein und trugen damit zum Erfolg der AKW-Gegner bei der Volksabstimmung vom 5. November bei: In ganz Österreich stimmten 50,5% der TeilnehmerInnen mit "Nein", in Vorarlberg gleich 84,4%. Der Hintergrund des VN-Engagements war der jahrelange Kampf gegen ein bei Rütli im Schweizer Rheintal geplantes Atomkraftwerk.
- 1979/80 betätigten sich die VN schließlich als Sprachrohr der Initiative "Pro Vorarlberg"<sup>47</sup>.

### **"Pro Vorarlberg": Regionalismus als Herrschaftsmittel**

"Im Hinblick auf die vom übrigen Österreich wesentlich abweichende Lage, Geschichte und Bewußtseinshaltung Vorarlbergs" verlangten im September 1979 42 Männer und 3 Frauen in Form einer Bittschrift an die bei den bevorstehenden Landtagswahlen kandidierenden PolitikerInnen eine Volksabstimmung über die Frage: "Soll Vorarlberg durch eine Vereinbarung mit dem Bund im Rahmen des österreichischen Bundesstaates mehr Selbständigkeit durch ein eigenes Statut (...) erhalten?"<sup>48</sup>

Das von "Pro Vorarlberg" vorgeschlagene Statut sollte Vorarlberg gegenüber dem Bund wesentlich mehr Rechte als den anderen Bundesländern sichern und mit Ausnahme der "großen Außenpolitik", der militärischen Landesverteidigung und des Außenhandels die meisten gesetzgeberischen und finanziellen Kompetenzen in die Hände der Vorarlberger Landesregierung verlagern.

Die treibende Kraft der Initiative war neben dem VN-Chefredakteur Franz Ortner der pensionierte Landesamtsdirektor Elmar Grabherr, der sich schon seit Jahrzehnten für eine saubere Trennung von Vorarlbergern und Nicht-Vorarlbergern einsetzte: In einem als "Alemannenerlaß" berühmt gewordenen Rundschreiben setzte sich der Sohn einer Südtirolerin zum Beispiel 1961 dafür ein, daß die Ausschreibung von Stellen im Landesdienst von der "landsmannschaftlichen Herkunft" – symbolisiert durch so "objektive Tatsachen" wie "Abstammung" und "Beherrschung der Mundart" – abhängig gemacht werde<sup>49</sup>.

Grabherr und seine Mitkämpfer artikulierten 1980 noch einmal all jene ethno-nationalistischen Leitbilder, die in Vorarlberg seit dem 19. Jahrhundert in der Auseinandersetzung zwischen den lokalen Eliten und den übergeordneten Behörden außerhalb des Landes entwickelt worden waren<sup>50</sup>: Unter Berufung auf bereits lange bestehende Traditionen, die die Sonderstellung Vorarlbergs und die ethnisch-kulturelle Eigenart und Eigenwertigkeit des Alemannentums betonen, wurde ein Gedankengebäude konstruiert, dessen Eckpfeiler die grundsätzliche Vorbildlichkeit alles Heimischen, der Kampf gegen die Zentrale Wien und das Versprechen besserer Zeiten in einem selbständigen Land waren.

---

<sup>46</sup> Der ÖVP-Bürgermeister Tizian, der sich für die Autobahn am Seeufer eingesetzt hatte, wurde 1970 vom SPÖ-Kandidaten Mayer abgelöst. Vgl. Barnay, Markus: Pro Vorarlberg – eine regionalistische Initiative. Beiträge zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs, Band 3. Bregenz 1983, S. 13.

<sup>47</sup> ebd., S. 17 f.

<sup>48</sup> Vorarlberger Nachrichten, 11.9.1979, S. 1

<sup>49</sup> Rundschreiben im Amt der Vorarlberger Landesregierung vom 16.5.1961

<sup>50</sup> Vgl. Barnay (Anm. 11).



Der radikale Separatismus der Initiative und ihr bis in die Grauzonen des Rassismus reichender Sprachgebrauch erzwangen allerdings einen Kompromiß mit den Realitäten: Zum einen ist Vorarlberg spätestens seit dem Ende des 19. Jahrhunderts ein klassisches Einwanderungsland, so daß "reine Alemannen", so es sie jemals gegeben haben sollte, längst nicht mehr identifizierbar sind; obwohl für Zuwanderer immer ein besonders starker – vor allem über den Dialekt vermittelter – kultureller Anpassungsdruck bestand, mußten sich viele durch den radikalen Sprachgebrauch der Initiative aus der "Vorarlberger Volksgemeinschaft" ausgeschlossen fühlen. Zum anderen hatte die Vorarlberger Landesregierung zwar ein Interesse, sich der Initiative als eines Vehikels gegen die sozialdemokratische Bundesregierung zu bedienen; doch mußte sie befürchten, daß der radikale Ethno-Nationalismus keine Mehrheit in der Bevölkerung gefunden hätte.

Ebenso wie die Proteste von Fußach wurde aber auch die populistische Initiative „Pro Vorarlberg“ von der offiziellen konservativen Politik soweit begrüßt und gefördert, als damit ein Druckmittel für den Erhalt weiterer Kompetenzen vom Bund aufgebaut werden konnte. Allerdings wird die anarchische, oft gewalttätige Komponente, die solchen Bewegungen innewohnt und die sich nicht leicht in hierarchischen Formen organisieren und kontrollieren läßt, rasch abgelehnt. Deshalb wurde in beiden Fällen versucht, diese Strömungen politisch zu kanalisieren.

So wurde schließlich der Bevölkerung von der Landesregierung ein in wesentlichen Punkten entschärfter und versachlichter Text zur Abstimmung vorgelegt – das sogenannte "10-Punkte-Programm zur Stärkung der Stellung des Landes (der Länder) und der Gemeinden im Rahmen des österreichischen Bundesstaates"<sup>51</sup>. Das Ergebnis der Volksabstimmung war eindeutig: Knapp 70% stimmten mit "Ja" und gaben damit der Landesregierung Rückendeckung für die Verhandlungen über das seit 1976 vorliegende "Forderungsprogramm der österreichischen Bundesländer"<sup>52</sup>. Diese Verhandlungen wurden übrigens nach der Vorarlberger Volksabstimmung tatsächlich kurzfristig intensiviert und führten in der Folge auch zu mehreren Verfassungsnovellen und zu ersten Schritten einer "Bundesstaatsreform". Das mit so großem Aufwand erstellte und abgesicherte Vorarlberger "Zehn-Punkte-Programm" wurde allerdings von der Landeshauptmännerkonferenz schon bald zu den Akten gelegt: "Es war (...) trotz intensivster, ständiger Bemühungen nicht möglich, das Zehn-Punkte-Programm des Vorarlberger Landtages als offizielle Verhandlungsgrundlage mit dem Bund durchzusetzen. Dieses Bemühen scheiterte am entschiedenen Widerstand des Bundes und leider auch an der nicht einmütigen Haltung der Bundesländer", stellte der damalige Landeshauptmann Herbert Keßler fünfzehn Jahre nach der Volksabstimmung leicht resigniert fest.<sup>53</sup>

### **Der Blick über den Tellerrand – oder: Republikanische Randspiele**

Die Initiative "Pro Vorarlberg" war einerseits der Versuch, mit Hilfe einer ethno-nationalistischen Propaganda, die sich als anti-zentralistisch ausgab, die lokale Herrschaftselite zu stärken, andererseits löste sie zugleich eine Gegenbewegung aus: Schon wenige Tage nach dem Auftreten von "Pro Vorarlberg" meldete sich eine Aktion "Vorarlberger Pro Österreich" in der Öffentlichkeit zu Wort und wandte sich gegen den "Separatismus" und den "rassistischen Grundtenor" der Initiative<sup>54</sup>. Die Aktivis-

---

<sup>51</sup> Amt der Vorarlberger Landesregierung (Hrsg.): Unterlagen zur Volksabstimmung am 15. Juni 1980, S. 3.

<sup>52</sup> Vgl. Keßler, Herbert (Anm. 42), S. 96 f.

<sup>53</sup> ebd., S. 98

<sup>54</sup> Presseerklärung der "Vorarlberger Pro Österreich" vom 18.9.1979

ten der "Vorarlberger Pro Österreich" waren vor allem Lehrer, Kulturschaffende und Jugendliche, aber auch Mitarbeiter von Gewerkschaften und sozialen Institutionen<sup>55</sup>. Mit ihrem Auftreten wurde erstmals eine Entwicklung augenscheinlich, die sich schon seit rund zehn Jahren abgezeichnet hatte: In Vorarlberg war eine moderne Elite entstanden, die sich gegen den seit Mitte des 19. Jahrhunderts bestehenden Anspruch der konservativen Elite stellte, das gültige Vorarlberg-Bild zu formulieren und als Lebensstil zu präsentieren.

Erste Lebenszeichen dieser kritischen Generation hatte es schon im Jahr 1968 gegeben: Ausgerechnet im Rahmen der 50-Jahr-Feier der Republik Österreich stellte eine von der Landesregierung eingeladene Jugendgruppe kritische Fragen nach der Zukunft der Republik<sup>56</sup>. Pikanterweise handelte es sich um Mitglieder der Pfadfinder, die später – in anderen Zusammenhängen – immer wieder in Erscheinung traten. Zum Beispiel in einer der legendärsten Auseinandersetzungen zwischen der Landesregierung und einer "außerparlamentarischen Opposition", dem Konflikt um das Musikfestival "Flint": Die 1970 nach dem Vorbild des großen Woodstock-Festivals erstmals durchgeführte Veranstaltung wurde nämlich 1971 dadurch verhindert, daß das vorgesehene Konzertgelände unmittelbar neben der Autobahn kurzerhand unter Naturschutz gestellt wurde – für den Schriftsteller Michael Köhlmeier "die zynischste und dümmste Argumentation, die mir in diesem Land jemals vorgekommen ist"<sup>57</sup>. Das Verbot von "Flint" wurde nicht nur zum Symbol für die Ignoranz der Regierenden gegenüber den Bedürfnissen der Jugend (Landeshauptmann Keßler wurde den Ruf als Gegner allen kulturellen Fortschritts unter kritischen Jugendlichen bis zum Ende seiner Amtszeit 1989 nicht mehr los), sondern auch zur Initialzündung für eine Reihe von Aktivitäten: sowohl die Jugendhausbewegung, die autonome Treffpunkte für Jugendliche forderte, als auch die Gründer von alternativen Kulturveranstaltungen beriefen sich – zum Teil explizit – auf den "Geist von Flint"<sup>58</sup>.

Eine dieser Kulturveranstaltungen wurde bereits im Jahr nach dem "Flint"-Verbot gegründet, und dies ausdrücklich in Abgrenzung zur traditionellen Kulturlandschaft: die "Randspiele" in Bregenz. Dieses Festival verstand sich als Alternative zu den Bregenzer Festspielen und verfolgte vor allem zwei Ziele: die Einbeziehung heimischer Kulturschaffender und die Präsentation von moderner Kultur, wie sie im Rahmen der Bregenzer Festspiele damals nicht zu erleben war. Die "Randspiele" ermöglichten dadurch Kontakte mit österreichischer Kultur jenseits der Operettenseligkeit – ein Blick über den lokalen Tellerrand, der zugleich eine Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und Tradition hervorrief.

Einen wesentlichen Faktor des „Kulturkampfes“ der Siebzigerjahre stellte die damalige politische Konstellation in Österreich dar: Der konservativen, an alten Werten und Traditionen festhaltenden Landesregierung stand die sozialdemokratische Regierung Bruno Kreiskys gegenüber, die gerade im Kulturbereich den Pluralismus förderte und durch finanzielle Unterstützung kulturelle Aktivitäten ermöglichte, die bis dahin kaum realisierbar waren<sup>59</sup>. Im Fall der Landeshauptstadt Bregenz stand

---

<sup>55</sup> Vgl. Barnay, Markus: Pro Vorarlberg – eine regionalistische Initiative. Beiträge zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs, Band 3. Bregenz 1983, S. 42 f.

<sup>56</sup> Füßl, Peter: 20 Jahre Flint. In: KULTUR. Zeitschrift für Kultur und Gesellschaft. Jahrgang 6, Nummer 7 (September 1991), S. 4-8, hier: S. 4

<sup>57</sup> ebd., S. 6

<sup>58</sup> ebd., S. 8

<sup>59</sup> Im damaligen Bundesministerium für Unterricht und Kunst wurde sogar eine eigene Abteilung (IV/8) eingerichtet, die trotz der Länderkompetenz im Kulturbereich gezielt Initiativen förderte, die von den ÖVP-dominierten Landesregierungen vernachlässigt wurden. Davon profitierten in Vorarlberg beispielsweise Initiativen wie der „Spielboden“ in Dornbirn oder das Theater am Saumarkt in Feldkirch.

zudem auf der untersten Stufe des föderalistischen Systems eine sozialdemokratische Stadtverwaltung, die ebenfalls mit den neuen kulturellen Strömungen sympathisierte. Erst nach und nach gelang es der Landesregierung in Kooperation mit den sich neuen Tendenzen öffnenden Bregenzer Festspielen, die kulturelle Gegenbewegung zu integrieren.

### **Der Historikerstreit – oder: Wer prägt das Geschichtsbild?**

Im August 1982 wurde in Bregenz ein Verein gegründet, der in den folgenden Jahren maßgeblich dazu beitrug, daß sich das offizielle Geschichtsbild in Vorarlberg veränderte: die "Johann-August-Malin-Gesellschaft". Schon der Name des Vereins selbst wirkte auf manche Anhänger des traditionellen Geschichtsbildes offenbar provozierend: Die Vereinsgründer, eine Gruppe von jüngeren Historikern, hatten den Verein, der unter anderem "die Verbreiterung der Diskussion über bisher zuwenig berücksichtigte Themenstellungen der neueren Lokal- und Regionalgeschichte"<sup>60</sup> bezweckte, nach einem Widerstandskämpfer benannt, der 1942 von den NS-Machthabern hingerichtet worden war<sup>61</sup>. Malin war aber keines jener NS-Opfer, "deren Erinnerung offiziell hochgehalten wird"<sup>62</sup>, sondern ein Widerstandskämpfer mit einer wechselhaften Biographie, der in seinem Heimatort bis heute als "persona non grata" gilt<sup>63</sup>.

Das Auftreten der Johann-August-Malin-Gesellschaft, vor allem aber das erste in ihren Arbeitszusammenhängen entstandene Buch<sup>64</sup> verursachte eine breite Diskussion über das herrschende Geschichtsbild und über bis dahin gern gepflegte Geschichtslügen, etwa die von der nationalsozialistischen "Fremdherrschaft", die so wenig Unterstützung in der Vorarlberger Bevölkerung fand<sup>65</sup>. Es kann wohl kaum als Zufall bezeichnet werden, daß die Exponenten der Malin-Gesellschaft zum Teil identisch mit jenen Personen waren, die in den Siebzigerjahren die Randspiele gründeten und die sich 1980 gegen die Initiative "Pro Vorarlberg" stellten.

### **"Holzfäller im Märchenwald"**

Die Diskussion über die Landesgeschichtsschreibung ebte jedenfalls in den Jahren nach Erscheinen der "Nachträge" kaum mehr ab und erlebte sogar 1988 eine Art Höhepunkt: Der Chefredakteur der "Vorarlberger Nachrichten", Franz Ortner, schlug indirekt vor, den Leiter des Vorarlberger Landesarchivs, Karl Heinz Burmeister, einen gebürtigen Deutschen, des Landes zu verweisen. Burmeister hatte in einem Interview aus Anlaß seines 50. Geburtstag die damals noch als Standardwerk geltende "Geschichte Vorarlbergs" von Benedikt Bilgeri kritisiert. Bilgeri, so Burmeister damals, "(beschreibt die) Geschichte in einer sehr beschönigenden Form ohne Rücksicht auf die tatsächlichen Verhältnisse. Man kann bei Bilgeri auch (...) beobachten, daß man eine geradezu anti-österreichische Geschichte

---

<sup>60</sup> Statuten des Vereins "Johann-August-Malin-Gesellschaft", August 1982, § 2

<sup>61</sup> vgl. "Sperrung". Mitteilungen der Johann-August-Malin-Gesellschaft Nr.1. Bregenz 1983, S. 12

<sup>62</sup> Johann-August-Malin-Gesellschaft (Hrsg.): Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933 – 1945. Beiträge zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs, Band 5. Bregenz 1985, S. 12

<sup>63</sup> Die Gemeinde weigert sich seit Jahren, an seinem ehemaligen Wohnhaus eine Gedenktafel für Johann August Malin anzubringen. Die Begründung: "Für viele unserer älteren Mitbürger war Malin ein nicht angesehener Bürger." (Bundschuh, Werner: "Satteins: 'Keine Gedenktafeln'. In: Vorarlberger. Wochenzeitung, Nr. ?/20. Juli 1994, S. 5)

<sup>64</sup> Pichler, Meinrad (Hrsg.): Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte. Beiträge zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs, Band 1. Bregenz 1982.

<sup>65</sup> vgl. Pichler, Meinrad: Eine unbeschreibliche Vergangenheit. Die Vorarlberger Geschichtsschreibung und der Nationalsozialismus. In: Pichler, Meinrad (Hrsg.): a.a.O., S. 191-206.

schreibt, und das ist meiner Meinung nach nicht möglich<sup>66</sup>. Solche Äußerungen sollten nicht unbestraft bleiben: Bilgeri schlug in den "Vorarlberger Nachrichten" in einer Art verbalem Amoklauf zurück:

*"In Wahrheit ist ihm (Burmeister – Anm. d. Verf.) die Geschichte Vorarlbergs, um die andere fünfzig Jahre bemüht waren, als Rheinländer von Krefeld (...) innerlich völlig fremd. (...) Immer wieder treibt es ihn, Umarbeitungen vorzunehmen, mit Haß verfolgt er die Vorarlberger Tradition. (...) Die freien Bregenzerwälder, Dornbirner, Vorderländer und Montafoner schwindelt er in seinen kleinen Machwerken zu Leibeigenen um. (...) Diese systematische Verhuzung unserer in Wahrheit stolzen Geschichte setzt er auch für die Neuzeit fort."*<sup>67</sup>

Zum öffentlichen Politikum wurde die Kolumne aber vor allem durch eine redaktionelle Anmerkung des damaligen VN-Chefredakteurs Ortner: "Die Vorarlberger Landesregierung sollte sich dieses Interview anhören und Burmeister zur Entschuldigung auffordern oder ihm nahelegen, das Ländle zu verlassen."<sup>68</sup> Der Bannstrahl Ortners traf Burmeister offenbar nicht nur, weil er am Denkmal sägte, das die VN Benedikt Bilgeri errichtet hatten (er hatte 1985 den von der Zeitung verliehenen Toni-Ruß-Preis erhalten), sondern auch wegen seiner Einschätzung der – von den VN getragenen – Initiative "Pro Vorarlberg": "Ich hab das von Anfang an als Unsinn betrachtet."<sup>69</sup>

Franz Ortners Kommentar löste – neben einigen zustimmenden Leserbriefen in den VN – eine Welle des Protestes aus: Neben der Johann-August-Malin-Gesellschaft und Professoren, Assistenten und Studenten der Universität Innsbruck solidarisierten sich auch 180 VorarlbergerInnen spontan<sup>70</sup> mit Burmeister und forderten die Landesregierung auf, "solchen Drohungen entgegenzuwirken". Ihr Aufruf erschien als bezahlte Anzeige im Konkurrenzblatt der VN, der "Neuen Vorarlberger Tageszeitung"<sup>71</sup>.

Die Diskussion beruhigte sich schließlich, auch wenn Burmeister in einem öffentlichen Vortrag seine Vorwürfe erneuerte und Bilgeris Darstellung als "Märchenwald der Freiheit" bezeichnete – was ihm wiederum den Titel "Holzfäller im Märchenwald" eintrug<sup>72</sup>.

Zehn Jahre später überreichte Landeshauptmann Martin Purtscher dem Leiter des Landesarchivs das Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst I. Klasse, Litteris et Artibus. In seiner Laudatio lobte er Burmeister für seine "zahlreichen und wichtigen Diskussionsbeiträge auf dem Weg zur Erkenntnis unserer Geschichte und zum Geschichtsbewußtsein in unserem Land" und bezeichnete ihn als "derzeit wohl ohne Zweifel bester Kenner der Vorarlberger Geschichte"<sup>73</sup>.

Die Veranstaltung aus Anlaß des 60. Geburtstags Burmeisters hatte durchaus symbolischen Charakter: Was 1986 noch als erbitterter Kampf zwischen zwei unterschiedlichen Geschichts- und damit wohl

---

<sup>66</sup> Burmeister, Karl Heinz: Zu Gast im Studio. In: ORF-Mittagslandesrundschau, Radio Vorarlberg, 22.11.1986

<sup>67</sup> Vorarlberger Nachrichten, 26.11.1986, S. 7

<sup>68</sup> ebd.

<sup>69</sup> Burmeister, Karl Heinz: ORF-Mittagslandesrundschau 22.11.1986

<sup>70</sup> Die Namensliste der UnterzeichnerInnen kam nach Angaben der Initiatoren innerhalb von eineinhalb Tagen zustande – vgl. Rundschreiben vom 6.12.1986 (im Besitz des Verf.).

<sup>71</sup> Neue Vorarlberger Tageszeitung, 2.12.1986, S. 13

<sup>72</sup> Bracharz, Kurt: Holzfäller im Märchenwald. In: KULTUR. Zeitschrift für Kultur und Gesellschaft. Jg. 2, Heft 11 (Februar 1987), S. 4-6

<sup>73</sup> Purtscher, Martin: Manuskript der Rede vom 20.11.1996 im Landhaus Bregenz, S. 2

auch politischen Weltbildern erschien, war 1996 entschieden. Die seriöse Geschichtsforschung hatte sich zumindest offiziell durchgesetzt. Zwar gab es nunmehr "mehrere Geschichtsbilder, die nebeneinander existieren"<sup>74</sup>, aber Versuche, historische Mythen zur Rechtfertigung aktueller Politik heranzuziehen, wurden in den letzten Jahren tatsächlich immer seltener.

### **Abschied vom Alemannenmythos?**

Immerhin stellte sich heraus, daß sich auch solche über Jahrzehnte festgefahrene Klischees wie das von der „alemannischen Eigenart“ der Vorarlberger, eine in Geschichts- und Heimatbüchern ebenso wie in Zeitungen und sogar Reiseführern verbreitete Fiktion, verändern können: Da werden die völkischen Stimmen auf einmal leiser, und die Erkenntnis, daß die Vorarlberger kein einheitliches "Volk", sondern eine Ansammlung unterschiedlichster Einzelpersonen, Gruppen und Grüppchen sind, setzt sich langsam durch – soweit, daß sich zum Beispiel im September 1993 Landeshauptmann Purtscher beim großen Zuwandererfest in Bregenz in aller Form bei den in den letzten 100 Jahren eingewanderten Vorarlbergern für die erlittene Unbill entschuldigte<sup>75</sup>. Mag sein, daß dies nicht nur menschlicher Einsicht, sondern auch der Erkenntnis zu verdanken ist, daß die Zuwanderer ja – soweit sie österreichische Staatsbürger sind – ein beträchtliches Wählerpotential darstellen, ein Zeichen ist es allemal.

Und das gewandelte Geschichtsbild zeigte sich eben auch in Martin Purtschers Burmeister-Laudatio im November 1996: "Seit rund 150 Jahren hat sich ein Vorarlberger Selbstbewußtsein entwickelt; und vielleicht dürfen wir annehmen, daß dieses Selbstbewußtsein in den letzten 15 Jahren – in einem zugegeben nicht immer schmerz- und konfliktfreien Erkenntnisprozeß – auch an Gelassenheit gewonnen hat und zu einer *Selbstsicherheit* gereift ist."<sup>76</sup>

Dort, wo es angemessen erscheint, die politischen Bestrebungen der Landesregierung – nach weiterer Föderalisierung der Zweiten Republik – auch historisch abzustützen, werden aber nach wie vor die alten Mythen gepflegt: In der Festschrift zum 75. Jahrestag der Selbständigkeitserklärung vom 3. November 1918 schreibt Landeshauptmann Purtscher im Vorwort einmal mehr vom "revolutionären Akt" der Aufkündigung der Verwaltungseinheit und davon, daß Vorarlberg dann "eigenstaatlich" der Republik beigetreten sei<sup>77</sup> – eine Behauptung, die sich anhand der historischen Quellen nicht nur nicht be-, sondern sogar widerlegen läßt<sup>78</sup>.

Insgesamt läßt sich aber feststellen, daß in der Vorarlberger Öffentlichkeit in den letzten Jahren einige der früher gängigen Elemente des Landesbewußtseins in den Hintergrund gedrängt wurden. Offensichtlich erscheint der Landesregierung ein ausgeprägter Vorarlberg-Chauvinismus politisch unfruchtbar und angesichts der von der Landes-ÖVP und insbesondere dem bis April 1997 amtierenden Landeshauptmann Purtscher angestrebten EU-Integration nicht argumentierbar. An die Stelle der früheren Elemente des Landesbewußtseins treten solche, die „Modernität“ signalisieren: Vorarlberg als Teil und

---

<sup>74</sup> Burmeister, Karl Heinz: Interview im "Studio 1 – Kulturjournal", Radio Vorarlberg, 18.11.1996

<sup>75</sup> Purtscher, Martin: Manuskript der Rede vom 11.9.1993 im Festspielhaus Bregenz

<sup>76</sup> Purtscher, Martin: Manuskript der Rede vom 20.11.1996, S. 4 (Hervorhebung im Manuskript – Anm. d. Verf.)

<sup>77</sup> Vorarlberger Landesregierung (Hrsg.): 75 Jahre selbständiges Land Vorarlberg (1918 – 1993). Bregenz 1993, S.

<sup>78</sup> vgl. Dreier, Werner (wie Anm. 17)

Kernland der „Euregio Bodensee“<sup>79</sup>, als Innovationsstation für soziale Dienste, als Beispiel funktionierenden Strukturwandels von der Industrie- zur Dienstleistungs- und High-Tech-Gesellschaft usw. Das heißt aber nicht, daß diese historischen Versatzstücke, die fürs erste im Fundus verschwunden sind, bei Bedarf nicht wieder hervorgeholt und in den öffentlichen Diskurs eingebracht werden können. Ethnizität ist ein – niemals abgeschlossener – Prozeß, der bei aller Wandelbarkeit seiner Elemente eine Funktion stets bewahrt hat: das politische Handeln von Eliten – herrschenden und/oder dem Nationalstaat opponierenden – zu legitimieren.

### **Fazit: Ein bescheidener Beitrag**

Wenn man Vorarlberg überhaupt einen Beitrag zum Selbstverständnis der Zweiten Republik zusprechen kann, dann ist es wohl der aktive Einsatz für einen föderalistischen Bundesstaat, in dessen Rahmen die Länder ein größeres Gewicht haben, als bisher. Daß dies kein einsamer Kampf war, sondern einer, der in vielen Fällen von anderen Bundesländern mitgetragen wurde, ist zugleich eine Voraussetzung dafür, daß der Föderalismus eben nicht eine abstrakte Idee eines einzelnen Landes, sondern ein gemeinsames Anliegen war, das das Selbstverständnis der Zweiten Republik mitprägte.

Doch diese Politik ist – auf den Gesamtstaat bezogen – zwiespältig: Der andauernde Einsatz der Länder für größere Machtanteile bedingt Argumentationsstrukturen, die den Bundesstaat tendenziell in Frage stellen, und die damit einen Anti-Beitrag zum Selbstverständnis der Republik leisten. Im Fall von Vorarlberg sind es deshalb gerade die oppositionellen Kräfte im politischen und kulturellen Bereich, die einem autoritär-chauvinistischen Lokalpatriotismus seit Jahrzehnten eine Haltung gegenüberstellen, die sich zwar immer auch positiv auf Vorarlberg bezog, zugleich aber ein Bekenntnis zur gemeinsamen Republik Österreich einschloß.

---

<sup>79</sup> Unter Hinweis auf die Zugehörigkeit zur – bislang politisch nur beschränkt wirksamen – „Euregio Bodensee“ verließ Vorarlberg bereits 1993, also zwei Jahre vor dem EU-Beitritt Österreichs, den gemeinsamen „Viererlandtag“ mit dem Bundesland Tirol und den italienischen Regionen Südtirol und Trentino. Vgl. VN 3.6.1993.